

EU-Frühjahrgipfel

„Gewaltige Herausforderungen“

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union kamen am Donnerstag in Brüssel zu ihrem zweitägigen Frühjahrgipfel zusammen. Zuvor gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung. Für die CSU-Landesgruppe sprach in der Debatte der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Friedrich.



Foto: Henning Schacht / berlinpressphoto

Der Anschluss der Krim an Russland erfordere „die entschlossene wie geschlossene Antwort Europas und seiner Partner“, so Kanzlerin Merkel. Sie kündigte an, dass die EU Sanktionen der Stufe zwei beschließen werde. Diese umfassten eine Ausweitung der EU-Liste der bisher 21 Personen, gegen die die EU bereits Reisebeschränkungen und Kontensperrungen verhängt hatte. Sollte sich die Lage weiter verschärfen, werde es „ganz ohne Zweifel auch um wirtschaftliche Sanktionen gehen“, so Merkel.

Die Kanzlerin sieht Russland „in allen internationalen Organisationen weitgehend isoliert“. Sie betonte, dass die Vorbereitungen für das G8-Treffen im Juni im russischen Sotschi wegen der Entwicklung auf der Krim bereits ausgesetzt worden seien. Zur Zukunft Russlands in der Gruppe der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen sagte Merkel: „Solange das politische Umfeld für ein so wichtiges Format wie die G8 nicht gegeben ist, gibt es die

G8 nicht mehr, weder den Gipfel noch die G8 als solches.“ Auch die deutsch-russischen Regierungskonsultationen Ende April stehen Merkel zufolge infrage. Die Bundesregierung werde in den nächsten Tagen entscheiden, „ob und wenn ja in welcher Form Regierungskonsultationen stattfinden werden oder nicht“, sagte sie.

Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende, Hans-Peter Friedrich sprach von „gewaltigen Herausforderungen“, vor denen der Europäische Rat auf seiner Tagung stehe. Die 28 Staats- und Regierungschefs der

„Wir brauchen kluge Kompromisse“

EU müssten einen Konsens finden – nicht nur in ihrer Einschätzung der sich rasant verschärfenden Krise zwischen der Ukraine und Russland, sondern auch in ihrem weiteren Vorgehen für eine Lösung des Konflikts. „Maximalforderungen bringen uns nicht weiter“, so Friedrich, „wir brauchen kluge Kompromisse“. Dabei gelte jedoch: Die Antwort muss adäquat und glaubwürdig sein.



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Zwischenbericht zur Armutzuwanderung zeigt sich, dass die CSU-Landesgruppe zu Beginn des Jahres zu Recht Handlungsbedarf in diesem Bereich gesehen hat. Wir haben auf unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth deutlich gemacht: Die EU-Freizügigkeit war nicht als Freiheit ohne Regeln gedacht.

Der nach Wildbad Kreuth eingerichtete Staatssekretärsausschuss empfiehlt in seinem Zwischenbericht nun eine Änderung des nationalen Freizügigkeitsgesetzes und schlägt befristete Wiedereinreiseperrnen für ertappte Sozialbetrüger vor. Das war eine der Forderungen in unserem Kreuth-Beschluss zu Beginn des Jahres. Außerdem schlägt der Ausschuss vor, dass falsche Angaben zum Erschleichen eines Aufenthaltsrechts nach dem Freizügigkeitsgesetz künftig strafbar sein sollen. Kindergeld soll zudem nur noch bei Angabe der Steueridentifikationsnummer gezahlt werden. Gewerbeämter sollen Gewerbeanzeigen stärker auf Anhaltspunkte für Scheinselbständigkeit prüfen. Das sind gute und richtige Vorschläge.

All das sind wichtige erste Maßnahmen in dem Zwischenbericht. Wir sind aber der Meinung, dass bis zum Abschlussbericht noch weitere Fragen zu klären sind. Aufgrund der steigenden Zahlen sehen wir beispielsweise auch Änderungsbedarf bei den Regelungen für den Zuzug von nicht erwerbsfähigen Personen und Rentnern. Auch den Umstand, dass Armutsmigranten oft der Krankenversicherungsschutz fehlt – obwohl dies eigentlich eine rechtliche Voraussetzung für die Freizügigkeit in der EU ist – müssen wir in den Blick nehmen.

Wir stehen zur Freizügigkeit in der EU als eines unserer höchsten europäischen Güter. Aber wer vor Missbrauch die Augen verschließt, tut dem hohen Gut der Freizügigkeit keinen Gefallen.



Alexander Radwan MdB

Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten des Bundestages

2013 war ein Jahr des Umbruchs für die Bundeswehr

Am vergangenen Donnerstag stellte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), seinen Jahresbericht im Plenum vor. Schwerpunkt des Berichts sind die Herausforderungen, denen die Bundeswehr durch die Umgestaltung zu einer modernen hochleistungsfähigen Einsatztruppe gegenübersteht.

Die Zahl der Soldaten, die sich mit ihren Sorgen an den Wehrbeauftragten des Bundestages wandten, hat im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht. Das geht aus dem Jahresbericht 2013 hervor, den der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus Ende Januar dem Bundestagspräsidenten überreicht hatte und über den der Bundestag am Donnerstag debattierte. Als Ursache für die gestiegene Unzufriedenheit nannte Königshaus die Doppelbelastung der Soldaten durch Auslandseinsätze und die Neuausrichtung der Bundeswehr. Erheblichen Nachholbedarf sieht Königshaus beim Thema „Frauen bei den Streitkräften“. Seit 13 Jahren gibt es Soldatinnen in der Bundeswehr. Von einer wirklichen



Foto: picture alliance/dpa

Gleichberechtigung könne aber in der Bundeswehr noch nicht die Rede sein. Viele Frauen klagen über sexuelle Übergriffe und Diskriminierung. Der Wehrbeauftragte mahnte, dieses Thema nicht zu unterschätzen. Für die CSU-Landesgruppe sprach die Abgeordnete Julia Bartz. Sie lobte die

deutschen Soldaten und die Arbeit der Militärseelsorge.

Scharf kritisierte sie die Berichterstattung der Medien. Der Bericht sei natürlich immer ein „Mängelbericht“, so Bartz. Dieser zeichne aber kein vollständiges Bild von der Truppe. (jh)

Diese Woche

EU-Frühjahrgipfel „Gewaltige Herausforderungen“	1
Jahresbericht 2013 des Wehrbeauftragten des Bundestages 2013 war ein Jahr des Umbruchs für die Bundeswehr	2
Bundestags-ABC Was ist eigentlich ein Untersuchungsausschuss?	2
Landesgruppenoffene Sitzung zum Thema Auswärtiges „Pure Intervention nicht Mittel der Wahl“	3
EU-Afrika-Gipfel Afrika - Kontinent der Chancen	3
Somalia-Mandat Stabilisierung der Lage	3
NSA-Untersuchungsausschuss „Snowdens Ladung ist nicht unbedingt notwendig“	4
Geburtstags-Empfang 60 Jahre Peter Ramsauer	4
Expertengespräch Kinderpornografie strafrechtlich schärfer verfolgen	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Gabriele Ehrenhuber

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
Andreas Reindl (ar), Andreas Habermann (ah), Juliane Hein (jh)
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich ein Untersuchungsausschuss?

Für den Bundestag ist er ist eines der ältesten und wichtigsten Instrumente für Information und Kontrolle: der Untersuchungsausschuss.



Foto: picture alliance/dpa

Ob Flick- oder Guillaume-Affäre, NSU oder NSA – immer, wenn es Anzeichen für Missstände in Regierung und Verwaltung gibt oder ein gewisser Vorgang von der Regierung nicht zufriedenstellend geklärt wurde, kann der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einrichten. So kann der Bundestag unabhängig und selbstständig Sachverhalte prüfen, die er für aufklärungsbedürftig hält. Damit ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wird, muss mindestens ein Viertel der Bundestagsmitglieder einen Antrag stellen. Was genau untersucht wird und wie viele Mitglieder am Ausschuss teilnehmen, wird mit dem Einsetzungsbeschluss festgelegt. Die Mitglieder werden von den Fraktionen

entsprechend ihrer Stärke benannt. Ein Untersuchungsausschuss hat das Recht, Zeugen und Sachverständige anzuhören, Beweise und Hintergründe zu erheben und Gerichte und Verwaltungsbehörden ermitteln zu lassen. Das Ergebnis des Ausschusses wird dem Bundestag in einem Bericht vorgestellt.

Da nur ein Viertel der Abgeordneten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen kann, ist er vor allem für die Opposition ein wichtiges Instrument: So kann sie das Handeln der Regierungsmehrheit überprüfen. Oft besteht aber auch ein großer parteiübergreifender Konsens, einen Untersuchungsausschuss einzurichten. (ar)

Landesgruppenoffene Sitzung zum Thema Auswärtiges

„Pure Intervention nicht Mittel der Wahl“

Die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, war zu Gast bei der CSU-Landesgruppe, um über die aktuelle Lage in der Ukraine zu diskutieren. Thema war die Erklärung des russischen Präsidenten Waldimir Putin zum „Russland-Beitritt“ der Krim und der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afrika.

Im Konflikt um die Ukraine betonte die Ministerin, dass die Politik nicht müde werden dürfe, darauf hinzuweisen, dass Putin mit der Annektion der Krim Völkerrecht gebrochen hat. Den Konflikt gelte es jedoch diplomatisch zu lösen. Ergänzend müsse ein System gestufter Sanktionen aufgestellt werden, dass erst in einem weiteren Schritt zu Wirtschaftssanktionen führen kann. Schließlich, so die Ministerin, müsse den Bündnispartnern im nahen Grenzbereich „die Angst vor der Unberechenbarkeit Russlands“ genommen werden. Insoweit sei noch stärker zu betonen, dass das EU- und NATO-Bündnis gesichert sei. Auch der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, betonte, dass sich der ukrainisch-russische Konflikt nicht zu einer internationalen



Foto: CSU-Landesgruppe

Der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CSU Landesgruppe, Florian Hahn, im Gespräch mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen

Konfrontation ausweiten dürfe. Trotz der uneinsichtigen Haltung Russlands gelte es „Contenance zu wahren“.

Weiterhin drehte sich die Diskussion um das Thema Bundeswehrstreitkräfte in Afrika. Pure Intervention dürfe nicht Mittel der Wahl sein, so von der Leyen. „Grundprinzip muss sein,

Afrika in die Lage zu versetzen, seine Angelegenheiten selbst zu lösen.“ Bei der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungs- und Verteidigungsministerium müssen sich die Verantwortlichen vor Augen halten, dass es „keine Sicherheit ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Sicherheit“ gebe. (ah)

EU-Afrika-Gipfel



Foto: picture alliance/zb

Somalia-Mandat



Foto: picture alliance/dpa/dpaweb

Afrika - Kontinent der Chancen

Am 2./3. April 2014 findet in Brüssel der 4. EU-Afrika-Gipfel statt. Aus diesem Anlass haben die Regierungsfractionen den Antrag „Neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft“ in die Debatte des Bundestages eingebracht.

In Brüssel sollen die Ziele der europäisch-afrikanischen Partnerschaft für die nächsten drei Jahre vereinbart werden. Mit dem Antrag von CDU/CSU und SPD betonen die Fraktionen zugleich die Rolle der Entwicklungspolitik als vorausschauende Friedenspolitik. Weitere Schwerpunkte sind die Beschäftigung mit dem Klimawandel, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Energieknappheit. Die Bundesregierung will ihre Hilfe für Afrika verstärken. „Afrikaner wollen und können ihre Probleme sel-

ber lösen, aber wir stehen natürlich an ihrer Seite“, so Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) in der Debatte. Afrika sei ein „Chancenkontinent“ und Deutschland ein angesehener Partner. Müller warnte davor, den afrikanischen Ländern Vorschriften für ihre weitere Entwicklung zu machen. „Hören wir auf mit Lektionen und Urteilen, mit Besserwisserei“, mahnte er. Die Bundesregierung will unter anderem ihre Entwicklungshilfe für Afrika um 100 Millionen auf 1,3 Milliarden Euro jährlich aufstocken.

Stabilisierung der Lage

Der Bundestag hat einen Antrag der Bundesregierung beraten, in dem es um die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM in Somalia geht. Mit dem Antrag soll das deutsche Engagement für eine Stabilisierung der Lage in Somalia erneuert werden. Im Rahmen eines bis zum 31.3.2015 mandatierten EU-geführten Einsatzes trugen deutsche Kräfte bereits zur Ausbildung der somalischen Armee bei.

Ort des Ausbildungseinsatzes ist seit Dezember 2013 nun Mogadischu. Mit bis zu 20 Soldaten wird Deutschland vor Ort noch effektiver zur Befriedung des Landes beitragen können.

NSA-Untersuchungsausschuss

„Snowdens Ladung ist nicht unbedingt notwendig“

Der Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der den Abhörskandal um den US-Geheimdienst NSA aufklären soll. Michael Frieser, der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, beantwortet dazu drei Fragen.



Foto: Thomas Lothar

Michael Frieser, innenpolitischer Sprecher

1. Welchen Auftrag hat der neue Untersuchungsausschuss?

Aufgabe des Ausschusses ist die umfassende Klärung offener Fragen und das Aufzeigen eines Umgangs mit den Ergebnissen. Es wird geprüft werden, inwieweit Bundesbehörden seit Jahresbeginn 2001 von amerikanischer und britischer Spionagetätigkeit wussten. Auch soll untersucht werden, ab wann die Regierung informiert war und welche Schutz-

maßnahmen zu diesem Zeitpunkt bereits eingerichtet waren. Der Ausschuss wird desweiteren untersuchen, ob und wie Bürgerrechte durch nachrichtendienstliche Tätigkeiten verletzt wurden und ob Stellen des Bundes davon Kenntnis hatten oder sogar daran beteiligt waren.

2. Welche Zeugen werden geladen?

Zu diesem Zeitpunkt können noch keine konkreten Namen genannt werden. Von Interesse ist natürlich inwieweit ausländische Zeugen geladen werden. Sinnvoller als ein spektakulärer Auftritt ist es aber, Zeugen im Ausschuss anzuhören, die über weiterführendes Wissen verfügen und dieses auch mitteilen werden. Da Edward Snowden alle seine Erkenntnisse nach eigenen Angaben bereits weitergab, ist seine Ladung nicht unbedingt notwendig. Auch ist nicht zu erwarten, dass

Angehörige der NSA oder des britischen Geheimdienstes sonderlich auskunftsfreudig sein werden. Es werden vor allem Zeugen aus den betroffenen Bundesbehörden und Sachverständige zur Aufklärung beitragen. Ohne den Fokus vom Schutz der Bürgerrechte zu nehmen, muss der Ausschuss auch die für unsere Sicherheit notwendige internationale Zusammenarbeit berücksichtigen.

3. Was ist die politische Bedeutung dieses Ausschusses?

Es geht um Entskandalisierung und um die Vermittlung einer pragmatischen Sichtweise auf Netzsicherheit sowie um die Balance von Datensicherheit, angemessener internationaler Zusammenarbeit zum Schutz vor Terrorismus und den Bürgerrechten. Ein wichtiger Punkt ist das Bewusstsein für die Verantwortung für eigene private Daten.

Geburtstags-Empfang



Foto: CSU-Landesgruppe

60 Jahre Peter Ramsauer

Die Zahl der Gratulanten zum 60. Geburtstag des ehemaligen Landesgruppenvorsitzenden und Bundesverkehrsministers Dr. Peter Ramsauer war groß und hochkarätig. Die drei CSU-Bundesminister, der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, Bundestagspräsident Norbert Lammert und zahlreiche Abgeordnete waren gekommen. Gerda Hasselfeldt würdigte Ramsauer als leidenschaftlichen Politiker, der trotz seiner herausgehobenen Ämter stets nah bei den Menschen ist. Festredner Michael Glos lobte vor allem Ramsauers politischen Instinkt, seine Durchsetzungskraft und Standhaftigkeit.

Expertengespräch



Foto: picture alliance/dpa

Kinderpornografie strafrechtlich schärfer verfolgen

Die Kinderkommission des Bundestages hat ein Fachgespräch zum Thema Kinderpornografie veranstaltet, in dem Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA), Strafrechtler und Experten des Kinderschutzbundes über Schutzlücken in bestehenden Gesetzen und Lösungsansätze diskutierten. Die BKA-Mitarbeiter erklärten, dass Bilder und Videoaufnahmen in Kategorie eins und zwei unterteilt werden. In Kategorie zwei fallen Bilder nackter Kinder und Jugendlicher, die keine sexuellen Handlungen zeigen. Zwar verstößt der Besitz von „Posingbilder“ bisher noch nicht gegen

das Gesetz, durch den Fund erhärtet sich für die Staatsanwaltschaft jedoch automatisch der Verdacht auf den Besitz von Kinderpornografie der strafbaren Kategorie, in der sexueller Missbrauch abgebildet wird. Die Datenmengen nehmen immer mehr zu, was vor allem an der leichten Verfügbarkeit im Internet liegt. Das BKA würde eine Strafverschärfung begrüßen. Klar ist, der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss weiter ausgebaut werden. Deshalb setzt sich die CSU-Landesgruppe für Strafrechtsverschärfungen noch in diesem Jahr ein. (ar)